

Schriftsteller:

Redaktion 21366 — Geschäftsstelle 15018
Postfachkontor: Dresden Nr. 14797Redaktion und Geschäftsstelle:
Dresden, II, 16, Holbeinstraße 46

Sächsische Volkszeitung

Bezugspreis: Wochentlich frei Haus Ausgabe A mit illustriertem Blatt 12.75 M., Ausgabe B 11.25 M.
einfachlich Postbeihilfe eingezahlt

Die Sächsische Volkszeitung erscheint an allen Wochenenden nach. — Sprechstunde der Redaktion: 11 bis 12 Uhr vorm.

Anzeigen: Annahme von Geschäftsanzeigen bis 10 Uhr, von Familienanzeigen bis 11 Uhr vorm. — Preis für die Zeitungsseite 1.40 M., im Nettomittel 3.50 M., Familienanzeige 1.30 M. — Für unentbehrlich gehaltene, sowie durch Fernsprecher aufgegebene Anzeigen kann die Verantwortlichkeit für die Richtigkeit des Textes nicht übernommen werden.

Weiter wursteln?

Die Frage, ob die Regierungserklärung im Landtag und die sich daran anschließende Befreiung der politischen Lage, d. h. des Kommunistenaufstandes und seiner Folgen, sowie die zweite Beratung des Amnestiegesetzes, Klarheit in die politische Lage Sachsen bringt, ist noch ganz zweifelhaft. Immerhin wird von der Sitzung des Landtages, die am heutigen Nachmittag stattfindet, viel abhängen. Bis zum gegenwärtigen Augenblick hat man allerdings den Eindruck, als ob bei den gegenwärtigen Regierungsparteien, soweit sie in der Regierung selbst vertreten sind, große Einigkeit bestehen würde, weiter zu wursteln. Daß das auf die Dauer ebenfalls kein haltbarer Zustand sein würde, braucht nicht besonders betont zu werden. Man kann sich aber des Eindrucks nicht erwehren, als ob einige Politiker nach dem Sahe handeln wollten: Sie gewonnen, ist alles gewonnen. Diese Bewegung erscheint dadurch einzigen Impuls erhalten zu haben, daß die Kommunisten am Mittwoch vormittag zum großen Erstaunen der übrigen sozialistischen Parteien bei den Ausschusssitzungen erschienen sind und auch am Nachmittag an der Sitzung des Plenums sich beteiligten. Damit hatten offenbar die Sozialisten, soweit sie von einer Änderung des Regierungstextes nichts wissen wollen, nach dem Auszug der Kommunisten der Dienstapotheke nicht gerechnet. Man scheint sich in diesen Kreisen daher am Mittwoch der Hoffnung hingegeben zu haben, daß die Drohungen der Kommunisten, ihre schwüle Hand von der Regierung zurückzuziehen, nicht allzu tragisch genommen zu werden brauchen. Nun heißt es ja allerdings, die Kommunisten wollen doch die Regierung zum Rücktritt zwingen, wenn sie den bei den Kommunisten in Aussicht gestellten Anträgen ihre Zustimmung versagen würden. Es wird nun wohl fast alles in dieser Hinsicht von der Regierungserklärung abhängen, die heute nachmittag im Landtag abgegeben wird. Die vorliegenden Presseaufrüttungen lassen aber doch schon — wenn auch nicht verbindlich — einige Schlüsse für die Entwicklung in den nächsten Tagen ziehen.

Da muß vor allem darauf hingewiesen werden, daß die Gegenseite in der mehrheitssozialdemokratischen Fraktion eine ganz außerordentliche Verschränkung gefunden haben, und daß zur Stunde, in der diese Seiten geschrieben werden, noch ein gewaltiges Ringen zwischen den beiden Richtungen vor sich geht. Der Führer der sogenannten radikalen Chemnitzer Richtung, Herr Abg. Zellisch, hat zu diesem Zweck noch einmal schwerstes Geschütz in seiner „Chemnitzer Volksstimme“ (Nr. 78 vom 6. April) aufzuschwärzen. Die „Chemnitzer Volksstimme“ ist der Ansicht, daß die Arbeitsgemeinschaft der Mehrheitssozialisten mit den Unabhängigen sich bisher verzögert bewährt hat. Von welchen Gesichtspunkten die Richtung Zellisch ausgeht, zeigt sich in folgenden Auslassungen der „Chemnitzer Volksstimme“. Sie spricht von der Zukunft der Herrschaft der sozialistischen Wirtschaft und schreibt:

„Für diese Zeit gilt es zu rüsten und unsere Organisation schlagkräftig zu gestalten. Wer aber den fortschreitenden Gesundungsprozeß des Proletariats aufhält, wer unsere sozialen ausschwunghemmende Partei in Süddeutschland schlagen und Unabhängigen nebst Kommunisten die Hosen in die Flüche treiben will, der mischt sich den Willen der Parteigenossen im Lande, der sieht sich über den erbitterten Widerstand der sozialdemokratischen Arbeiterschaft gegen eine Verbindung mit der Volkspartei fast hinweg und besorge so die Geschäfte der Reaktion. Ob die Parteigenossen draußen aber eine solche sinnlose Katastrophenpolitik sich bieten lassen werden, diese Frage ist längst keine Frage mehr.“

Man sieht daraus deutlich, daß diese Politik tatsächlich nur von parteipolitischen Gesichtspunkten aus gemacht wird. Die „Chemnitzer Volksstimme“ polemisiert in schärfster Weise gegen ihre eigenen Parteigenossen in Dresden und Leipzig und droht bereits mit dem nächsten sächsischen Landesparteitag. Außerdem liefern sich das Blatt und seine Söhne in einer Versammlung am letzten Sonntag durch die sozialistischen Chemnitzer Parteifunktionäre ein Vertrauensvotum ausstellen. Dabei scheint es allerdings doch nicht so glatt gegangen zu sein. Denn selbst die „Chemnitzer Volksstimme“ muß berichten, daß der Abgeordnete Cöslin gegen die Politik seines Genossen Zellisch polemisierte. Bei dieser Gelegenheit hielt Herr Zellisch natürlich eine Rede, in der er nach dem Blatte erklärte: „Die proletarische Sammelpartei der Klassenkämpfer muß bei der Mehrheitspartei bleiben; denn uns trennt nichts von den im kommunistischen Lager doch noch in großer Zahl vorhandenen ehemaligen Arbeitern, die genau wie wir uns Verbündeten nichts zu tun haben wollen.“ Demgegenüber ist es von Interesse, die Stimmung der Sozialdemokraten in dem von dem Kommunisten aufständ betroffenen Gebieten zu erfahren. Am

letzten Sonntag fand in Helbra eine große Versammlung der Sozialisten statt, in der folgende Resolution einstimmig zur Annahme gelangte, die, wie der „Vorwärts“ schreibt, „die Stimmlung des größten Teils der Bevölkerung in Mitteldeutschland in recht klarer Weise zum Ausdruck bringt“:

„Die heute in Helbra tagende Versammlung verurteilt auf das Schärfste die kommunistische Durchführung der Massen und spricht ihre tiefste Entrüstung aus über das verbrecherische Gesetz, das durch Rauben, Plündern und Morde das größte Elend über die Arbeiterschaft gebracht hat. Sie weist ferner jede Gemeinschaft mit den kommunistischen Parteien entschieden von sich, während Herr Abg. Zellisch am selben Sonntag erklärte, für ihn und seine Freunde komme „aber nicht die kommunistische Partei als solche in Frage, sondern wir haben es mit den politisch irregeleiteten Arbeitern als Menschen zu tun“. Herr Zellisch gibt sich auch der Illusion hin, daß der Auflösungsprozeß der kommunistischen Partei nicht aufzuhalten sei. Und er scheint dieser seiner Illusion auch jetzt durch möglichst viel Konzessionen an die äußerste Linke Rechnung tragen zu wollen. Naturgemäß versucht die Presse der Unabhängigen Sozialdemokratie den Bestrebungen derter in der Mehrheitssozialdemokratie, die nicht auf dem Boden des Herrn Zellisch stehen, das Wasser abzugeben und sie in den Augen der sozialistischen Arbeiterschaft zu diskreditieren. Jedenfalls kann man dem Kampfe innerhalb der Mehrheitssozialdemokratie mit großer Spannung entgegensehen und es wird für die zukünftige Entwicklung davon außerordentlich viel abhängen. Das Dresdener Organ der Mehrheitssozialdemokraten nahm auch noch am gestrigen Mittwoch eine der „Chemnitzer Volksstimme“ entgegengesetzte Haltung ein und schrieb über das Auftreten der Landtagskommunisten am Dienstag u. a. folgendes:

„Das ebenso heuchlerische wie freche Spektakelstück wäre belanglos, wenn es nicht verriete, wie sich die Kommunisten in Zukunft aufzuspielen gedenken. Das ist wieder deshalb nicht gleichgültig, weil sie als Söhne der feierlichen Regierungsmehrheit in Betracht kommen und deshalb ihr Verhalten zum Ausgangspunkt bedeutsamer Entscheidungen werden kann.“

An der Tatsache, daß die kommunistischen Abgeordneten, die auch das Dresdner mehrheitssozialdemokratische Organ als „Moskauer“ bezeichnen, als Regierungspartei nicht mehr in Frage kommen, kann wohl kaum gerüttelt werden. Am schwersten scheint es den Mehrheitssozialdemokraten zu werden, sich von den Unabhängigen zu trennen und daher scheint, wie schon oben angedeutet, bei einem Teil von ihnen die Einigkeit zu bestehen, schließlich auch ohne kommunistische Unterstützung mit den Unabhängigen weiter zu regieren. Wie bereits gestern an anderer Stelle unseres Blattes berichtet wurde, hat eine mehrheitssozialdemokratische Bezirkstagsversammlung in Dresden einstimmig erklärt, „daß es auf die Unabhängige Partei ankomme, ob sie die Koalition bis zu den Demokraten und Zentrum erweitern wolle“. Es braucht wohl kaum besondere Betonung zu werden, daß die Zentrumspartei eine Koalition von den Demokraten bis einschließlich zu den Unabhängigen nicht unterstützen würde. Wir glauben auch nicht, daß bei den Demokraten allzu viel dafür Einigkeit vorhanden ist. Zu einer ähnlichen Anerkennung in einem Artikel des Dresdner mehrheitssozialdemokratischen Organs nehmen jetzt auch die im Februarwetter der Demokratischen Partei schwimmenden „Dresdner Neuesten Nachrichten“ (Nr. 80 vom 7. April) Stellung. An dieser Anerkennung kann man nicht so ohne weiteres vorüber gehen. Der mehrheitssozialdemokratische Politiker und frühere Finanzminister Ritsche hatte die Frage untersucht, wie und unter welchen Bedingungen die Demokraten wieder in die Regierung eintreten könnten, nachdem auf die Tatsache hingewiesen worden war, daß die Mehrheitssozialdemokraten unter allen Umständen gewillt seien, mit den Unabhängigen zusammen weiter zu arbeiten. Dazu schreiben nun die demokratischen Dresdener Nachrichten:

„Das heißt also, daß die Regierung bereit ist, den schweren Kampf, den ihr die Kommunisten in der kommenden Zeit ansetzen werden, auf sich zu nehmen, und daß sie glaubt, dem Ansturm mit Hilfe der Demokraten stand halten zu können. Ob diese Annahme richtig ist, erscheint nach Lage der Dinge einigermaßen zweifelhaft. Denn

der Abzug der neuen Kommunisten wird nicht weitgemacht durch den Zugang der alten Demokraten, wenn auch nicht im Abrede gesellt werden kann, daß durch eine Teilnahme der Demokraten an der Regierung die Oppositionslust der beiden großen bürgerlichen Parteien geringer werden würde.“

Diese Auslassung zeigt, daß im demokratischen Lager doch eine Strömung vorhanden ist, die nicht abgeneigt wäre, mit den Unabhängigen in eine Regierung einzutreten. Darauf ändert auch nichts, daß das genannte demokratische Blatt dagegen, in Wirklichkeit schien aber die Dinge wesentlich anders zu liegen, und dann von einer Mitteilung aus parlamentarischen Kreisen Kenntnis gibt, wonach die bürgerlichen Parteien nicht mehr gewillt seien, die bisherige schwächliche Haltung der Regierung den Kommunisten gegenüber länger mit anzusehen. Wie glauben allerdings nicht, daß im demokratischen Lager die Richtung, die mit einem Zusammengehen mit den Unabhängigen liebäugelt, die Überhand gewinnen wird. Ein führender Politiker der demokratischen Partei hat jedenfalls sich dahin gewußt, daß er für seine Person ein Zusammengehen mit den Unabhängigen ablehnen würde.

Die Situation hat sich aber nunmehr durch einen Zwischenfall in der Mittwochs-Sitzung des Landtages verschärft. Bei der bekannten Frage der Kinderzulagen, das heißt der Gleichstellung der sächsischen Beamten mit den Reichsbeamten, kam es zu einem Zusammentreffen zwischen dem mehrheitssozialdemokratischen Finanzminister Heldt und dem demokratischen Abgeordneten Dr. Dehne. Herr Heldt erklärte am Schluß seiner Ausführungen als Minister etwas folgendes: Wenn er als Parlamentarier sprechen würde, würde er erklären, daß die Demokratische Partei eine Partei sei, mit der man nicht mehr verhandeln brauche. Er hat damit der Demokratischen Partei am Vorabend der Regierungserklärung und inmitten der Regierungskrisis den Zehndandschub hingeworfen. Das würde natürlich nicht bedeuten, daß nicht doch irgend eine Koalition mit den Demokraten zustande kommen könnte, aber voraussichtlich doch keine Koalition, in der Herr Finanzminister Heldt sitzen würde. Man muß es letzten Endes selbstverständlich der Demokratischen Partei überlassen, ob und inwieweit sie gewillt ist, aus diesem scharfen Vorstoß die Konsequenzen zu ziehen.

Wir haben diesen Vorgang deshalb angeführt, um zu zeigen, wie außerordentlich gereizt die Stimmung im Landtag gestern war, was sich übrigens auch bei verschiedenen anderen Reden bemerkbar machte. Nun ist gewiß die Möglichkeit, daß auch ohne die Unterstützung der Kommunisten die gegenwärtige mehrheitssozialistisch-unabhängige Regierung auf einige Zeit fortwirkt — um noch einmal diesen teilalen Ausdruck zu gebrauchen — könnte, nicht ganz von der Hand zu weisen. Aber es wäre das eben doch nur auf einige Zeit möglich. Wir würden dann eben eine schlechende Krise bekommen, der unseres Erachtens allerdings Neuwahlen vorzuziehen wären. Sowohl die außenpolitische wie auch die innenpolitische Situation verlangt auch in einem Lande wie Sachsen, daß wir klare Verhältnisse bekommen.

Sächsischer Landtag

Dresden, 6. April.

Präsident Freydrich eröffnet die Sitzung 1.15 Uhr. Die Abstimmung zu den Anträgen im Bericht des Haushaltsausschusses B über die Änderung der Not der Gewerbelöse wird auf Antrag der Rechten abgelehnt vorgenommen.

Die Anträge des Haushaltsausschusses B haben folgenden Wortlaut:

Der Landtag wolle beschließen:

I. zu den Anträgen Drucksachen Nr. 10 und 18

A. die Staatsregierung zu verurteilen,

1. bei der Staatsregierung mit allen Mitteln zu erzwingen, daß ganz Sachsen als ein einheitlicher Volksbezirk anerkannt wird,

2. bei der Staatsregierung die befreundete Erledigung des vom Landtage am 21. Januar 1921 angenommenen Antrages wegen Übernahme einer einmaligen Beihilfe an Gewerbelöse zu erläutern,

3. bei der Staatsregierung im Falle der Ablehnung zu den Genehmigung zu den Übernahmen der Arbeitslosen-Unterstützungs-Gesetzmäßigkeiten Beihilfe für Gewerbelöse zu erläutern. Die bereits von den Gemeinden ausgezahlten einmaligen Unterstützungen sind bei den Bürgern der einmaligen Beihilfe vom Staat anzurechnen,

4. bei der Staatsregierung darin zu wirken, daß diese die gesetzliche Einführung der Gewerbelösen-Verordnung mit Geschleunigung betreiben möge;

B. 1. die vom sächsischen Arbeitsministerium beim Reichsarbeitssministerium mit Schreiben vom 31. Dezember 1920 und 7. Januar 1921 gestellten Anträge, die beschieden:

a) Arbeitslosigkeit infolge Streiks und Aussortung als unterstützungsberechtigt anzuerkennen (§ 8 Absatz 2 Satz 1),

- b) die Erhöhung der zurzeit geltenden Höchstsätze (§ 9 Absatz 4),
c) Beseitigung der Begrenzung der Unterstützung an mehrere erwerbstätige Familienmitglieder (§ 6 Absatz 4),
d) Beseitigung der Begrenzung der Familiensatzschäfte auf das Doppelte der dem Hauptunterstützungsmpfänger gewährten Unterstüzung und Vermehrung derselben auf den tarifmäßigen Lohn (§ 9 Absatz 5),
e) Beseitigung des Ausschlusses der unehelichen, Ehe- und Pflegeländer, sowie der von einem Unterhaltungsverpflichteten zur Führung seines Haushaltes angenommenen Person von dem Genuss der Familiensatzschläge (§ 9 Absatz 1 Satz 4 bis 7),
f) die Beseitigung der Wartezeit (§ 9 Absatz 1 Satz 1)

zu unterlassen;
2. die Regierung zu ersuchen, bei der Reichsregierung auf Abänderung des § 5 der Erwerbslosenfürsorge-Verordnung im Sinne der Freizügigkeit hinzuwirken;

II. zum Antrag Druckfiche Nr. 54

1. die Regierung aufzufordern, in den Haushaltplan 1921 größere Beträge für Strafen- und Wasserbau einzustellen und hierzu Mittel der produktiven Erwerbslosenfürsorge anzufordern,
2. die Regierung zu ersuchen, bei der Reichsregierung dahin, daß der Bau der Plottentalbahn, der Linien Radebeul-Mühlenkirchen und Schweinitz-Schönau, sowie der Umbau der Strecke Wilsau-Kirchberg als Roßstandort unverzüglich begonnen wird,
3. die Befreiungen der Regierung um Gewährung von Darlehen zur Behebung der Arbeitslosigkeit im Vogtland und zur Umstellung bestehender und Errichtung neuer Industrien in diese Gegend aus den Mitteln der Erwerbslosenfürsorge nachdrücklich zu unterstützen.
4. die Staatsregierung zu ersuchen, bei der Reichsregierung dahin zu wirken, daß zur wirtschaftlichen und schnellen Wiederherstellung der Erwerbslosigkeit folgende Maßnahmen ergriffen werden müssten:

In allen Betrieben, die die persönliche Gewinnserzielung ihrer Besitzer beenden und voll beschäftigt sind, mit 100 und mehr Arbeitern analog dem Verfahren bei den Kriegsbeschaffungen Erwerbslose einzustellen und zwar in steigender Anzahl nach der Zahl der beschäftigten Arbeiter.

Die auf diese Weise in den Produktionsprozess eingefügten sollen die für den betreffenden Betrieb bestehenden Tariflöhne gelten. Entlassungen sollen nur aus wichtigen Gründen erfolgen dürfen; Entlassungen aus betrieblichen Gründen nur nach vorheriger Zustimmung des zuständigen Betriebsrates.

Umbildungen verheirateter Erwerbsloser nach außerhalb ihres Wohnortes sollen nur erfolgen, wenn eine Wiederauflösung von Arbeit am Wohnorte in abschließendem Zeitraum möglich ist.

Den folgenden Weise umgedrehten verheirateten Erwerbslosen soll für die Dauer ihrer notwendigen Trennung von ihrer Familie aus Mitteln der Erwerbslosenfürsorge ein Überlebensgrundbund in Höhe von einem Drittel ihres Sohnes gezahlt und entsprechende Erhöhung der Einkommensschwierigkeiten von ihrer Arbeitsfähigkeit zum Wohnort gewährt werden, wenn die Entfernung der Arbeitsfähigkeit vom Wohnort nur einen während einmonatigen Bruch der Familie ermöglicht.

III. den Antrag Druckfiche Nr. 85 durch die Aussage der Regierung, etwaige Beschwerden drüßen und darüber möglichst befriedigen zu wollen, als erledigt zu betrachten;

IV. die eingegangenen Eingaben für erledigt zu erklären.

Die Punkte I, II, I A, I B 1 a-f, II 4 werden gegen die Stimmen der Rechten, die übrigen Punkte einstimmig angenommen.

Eine Minderheitsabstimmung der Kommunisten wird gegen die Stimmen der Antragsteller abgelehnt.

Am Punkt 2 der Tagesordnung, der ersten Beratung über eine nochmalige Verabschaffung über das zur Neuregelung der Kinderzulagen der Staatsbeamten in Sachsen vom Landtag beschlossene Gesetz wird ein Antrag Dr. Wirth (Soz.) zur Kenntnis, den Antrag dem Haushaltsausschuß A zu überweisen, angenommen.

Minister Lipinski: Der bürgerliche Anteil auf Jubiläumsgeld der Kinderzulagen bis zum 21. Geburtstag und auf Alterswachstum schon vom 1. August 1920 an sei nur durch Zusammensetzung angenommen worden.

Abg. Anders (Deutsche Volksp.): Seine Partei müsse es ablehnen, die Verbillsen erst vom 1. Januar 1921 zu zahlen, sondern der 1. April 1920, der Tag, an dem den Reichsbeamten

die Entlohnung genehmigt worden seien, welche als Richttag betrachtet würden.

Finanzminister Heidt: Er halte die Ausschreibungen des Abgeordneten Anders nicht für richtig. So kann keine Bede sein vor einem Unrecht an den sozialen Beamten. Ein demokratischer Abgeordneter habe die Bestimmungen des Finanzministers auch für unrecht bezeichnet, einem Ministerialdirektor gegenüber aber auch die Auskunft gegeben, daß er als Finanzminister auch nicht anders handeln würde. Wenn so weiter gewirtschaftet würde, müsste er in drei Monaten die Zahlung der Beamtengehälter einstellen. Bei weiterer Genehmigung von Gehaltszulagen werde das Finanzministerium mit einem Designt von 700 Millionen abschließen.

Minister Lipinski: Er müsse an dem Standpunkte der Regierung festhalten. Die Wirkung dürfe erst vom 1. Januar 1921 an in Kraft treten.

Abg. Kellisch (Soz.): Seine Partei sei den Beamten nichts schuldig geblieben. Was die Beamten bekommen hätten, wäre ihnen mit Zustimmung der Sozialdemokratie bewilligt worden. Wenn jetzt wieder neue Forderungen gestellt würden, so kämen diese nur einer bestimmten Klasse zugute, die mit den sozialistischen Städten nichts gemein hätten. Die Unterstüzung würde nur denen auftreten, die wenig Unrecht darauf hätten. Auch die demokratische Partei habe früher gegen die Herauslösung der Kinderzulagen gestimmt.

Abg. Dr. Wagner (Deutsche): Stimmte den Ausführungen des Abgeordneten Anders zu.

Abg. Dr. Dehne (Dem.): Die Frage sei eine Machtfrage geworden. Es sei eine Forderung der Gerechtigkeit, die Gleichstellung der Reichsbeamten und der sächsischen Beamten herbeizuführen. Er hoffe, daß auch die sozialdemokratische Partei nach bestem Willen handle und er müsse daher erwarten, daß seiner Partei nicht von dem Abgeordneten Kellisch nicht bestehende Verbesserungen unterstehen werden. Die Solidarität der Beamten würde stärker sein, als der Wunsch der Sozialdemokraten, einen Teil in ihre Reihen hinzuzutreten.

Finanzminister Heidt: Er erwarte und verlange, daß jeder Beamte seine Pflicht tut und werde jeden entlassen, der sich hier etwas zu schulden kommen lasse. Die Demokraten hätten diese Angelegenheit auf das politische Gleis geschoben. Wenn er nicht als Minister, sondern als Abgeordneter sprechen dürfe, müsse er erklären, daß die demokratische Partei eine Partei sei, mit der man nicht zu verhandeln brauche.

Abg. Anders (Deutsche Volksp.): Er möchte darauf aufmerksam machen, daß ein Sperrgesetz besteht, das verbietet, die sächsischen Beamten besser zu besolden als die Reichsbeamten.

Abg. Kellisch (Soz.): Seine Partei hätte nicht um die Gunst der Erwerbslosen, da das ja auch nur einen Augenblickserfolg bedeutete. Die Beamten der Linksparteien hätten eine Solidarität geschaffen, nicht die Rechte. Wenn es nach der Rechten gegangen wäre, hätte die Beamtenchaft noch keine Rechte erhalten.

Abg. Dr. Dehne (Dem.): Seine Worte seien keine Aufrufserklärung der Beamten zum Streik. Die Stellung der Beamten sei in Weimar durch die Demokraten auf die jetzige freiheitliche Basis gestellt worden.

Der Antrag wird einstimmig dem Haushaltsausschuß A überreicht.

Darauf werden einige Kapitel des Nachtrags erledigt. Unberücksichtigt nach der Vorlage werden verabschiedet die Kapitel 89 und 93 (Evangelisch-lutherische Landeskonsistorium und evangelische Kirchen). Der Mindestantrag der katholischen Parteien, den Votrag vom 17. Millionen Mark an das Evangelisch-lutherische Landeskonsistorium, der für Verbillsen an Kirchengemeinden zur Deckung des Besoldungsbedarfes der Geistlichen bestimmt ist, nicht als "verbindliches Darlehen", sondern als "erlaubte Leistung des Staates" einzustellen, wird mit 46 gegen 44 Stimmen abgelehnt.

Gegen die Kapitel 40 (Landgerichte, Amtsgerichte und Staatsanwaltschaften), sowie 90 (katholisch-kirchliche Verbillsen) stimmen die Kommunisten. Einstimmig verabschiedet wird Kapitel 88 (Reichsversicherung und Unfallversicherung für Gefangene).

Eine Aussprache wird in erster und zweiter Lesung angenommen der Gesetzentwurf über die zeitgemäße Erhöhung der Gehüben der Verwaltungssachen.

Die Vorlage über die Bezüge der bis mit 31. März 1920 in Wartegeld oder Mahlstand verbleibten Staatsbeamten und Lehrer, ihrer Hinterbliebenen und der Hinterbliebenen der vor dem 1. April 1920 im Amt verstorbenen Staatsbeamten und Lehrer geht ohne Ausprache an den Haushaltsausschuß A.

— pl —

Dem Landtag ist ein Antrag der Unabhängigen zu gestatten, der von der Reichsregierung die Aufhebung der Verordnung über die Bildung außerordentlicher Gerichte sowie unabhängig davon die unverzügliche Aufhebung des für den Freistaat Sachsen angeordneten außerordentlichen Gerichts verlangt. Solange dies nicht der Fall ist, soll die Anklagebehörde anstreben werden, etwaige Fälle, deren schwere Eindringung keine Bedeutung hat, den ordentlichen Gerichten zu überweisen.

Der Junge war nicht fortzubringen, bis der Knecht ihn mit Gewalt herumgebracht und auf den Teich gebracht hatte. „Hör, Carsten,“ sagte dieser, als die gespenstische Gestalt ihnen schon ein gut Stück im Rücken lag, „du glaubst ja für einen Allerweltshimmel! Ich glaub, du möchtest das am liebsten selber untersuchen!“

„Ja,“ entgegnete Carsten, nachträglich noch ein wenig schaudernd, „ja, das möchte ich. Iven!“

„Ach, das dein Ernst? — dann,“ sagte der Knecht, nachdem der Junge ihm nachdrücklich darauf die Hand geboten hatte, lösen wir morgen abend unter Boot; du fährst nach Jever-land; ich bleib so lange auf dem Deiche stehen.“

„Ja,“ erwiderte der Junge, „das geht! Ich nehme meine Peitsche mit!“

„Tu das!“

Schweigend kamen sie an das Haus ihrer Herrschaft, zu dem sie langsam die hohe Wehr hinaufstiegen.

Um dieselbe Zeit des folgenden Abends sah der Knecht auf dem großen Stein vor der Stattür, als der Junge mit seiner Peitsche knallend zu ihm kam. „Das peitsst ja wunderlich!“ sagte jener.

„Freilich, nimm dich in acht,“ entgegnete der Junge; „ich hab auch Regel in die Schule geschlossen.“

„So kommt!“ sagte der andere.

Der Mond stand, wie gestern, am Osthimmel und schien klar aus seiner Höhe. Völlig waren beide wieder draußen auf dem Deich und sahen hinüber nach Neverhollig, die wie ein Nebelstrand im Wasser stand.

„Du gehst es wieder,“ sagte der Knecht; „noch Mittag war ich hier, da war's nicht da; aber ich sah deutlich das weiße Pferdgerippe liegen!“

Der Junge rieb den Hals: „Das ist jetzt nicht da, Iven,“ flüsterte er.

„Aun, Carsten, wie ist's?“ sagte der Knecht. „Auch's dich noch hinüberzufahren?“

Carsten fasste sich einen Augenblick; dann klatschte er mit seiner Peitsche in die Lust: „Nach mir das Boot los, Iven!“

Drüben aber war, als hebe, was dorten ging, den Hals, und rede genau das Festland hin den Kopf. Sie sahen es nicht mehr; sie gingen schon den Deich hinab und bis zur Stelle, wo das Boot gelogen war. „Aun, sieg nur eins!“ sagte der Knecht, nachdem er es losgebunden hatte. „Ich bleib, bis du zurück bist! Zu Ostern mußt du anlegen; da hat man immer Landen können!“ Und der Junge lächelte schwiegend und fuhr mit seiner Peitsche

Die Presse in Oberschlesien

Berthen, 6. April. Das interalliierte Sondergericht in Oppeln verurteilte die verantwortlichen Redakteure der „Deutschen Morgenpost“, der „Oppeler Zeitung“, des „Ratibor“ und des „Oberschlesischen Wanderers“ zu Gefängnis- und Geldstrafen, weil sie die falsche Nachricht von der Schließung der Warschauer Börse in ihren Blättern verbreitet hätten. Der Redakteur des „Oberschlesischen Wanderers“ wurde, da er die entsprechende Nachricht auf der ersten Seite seiner Zeitung in besonderer Aufmachung gebracht hatte, zu 15 Tagen Gefängnis und 5000 Mark Geldstrafe verurteilt. Die übrigen Gefängnisstrafen lauten auf acht, eins und vier Tage, die Geldstrafen durchweg auf 5000 Mark. Die im Verband der oberschlesischen Presse vereinbarten Journalisten haben gegen das Urteil entschieden Protest erhoben.

Die Verurteilung von vier oberschlesischen Redakteuren zu Gefängnis- und Geldstrafen durch das interalliierte Sondergericht in Oppeln, weil sie zwei Tage vor der Volksabstimmung rechtlich gemeldet hatten, daß die Warschauer Börse geschlossen sei, kündigt die „Deutsche Morgenpost“ an: Das Urteil der interalliierten Kommission steht besonders deshalb eine schreiende Ungerechtigkeit dar, weil die polnischen Blätter vor der Abstimmung unverhohlen eigennutzig täglich und läudlich verbreitet hätten, ohne daß von interalliertem Seite jemals gegen diese systematische Verhetzung und gegen diesen planmäßigen Eigentumsgang Stellung genommen worden wäre. Die „Tägliche Rundschau“ äußert sich ähnlich und fordert sofortiges Eingreifen der Reichsregierung und sagt: Willkür ist zwar die Grundlage der oberschlesischen Justitia, aber deren Nebenrichtung auf Deutschland muß unter allen Umständen verhindert werden. Auch andere Zeitungen weisen auf die Parteilichkeit der interalliierten Kommission hin und verlangen ein Eingreifen der deutschen Regierung.

Der Wert der von Deutschland ausgelieferten Schiffe

Verantwortlich schweben zwischen der deutschen Regierung und der Reparationskommission erhebliche Differenzen bezüglich der Bewertung unseres, auf Grund des Verträller Vertrages ausgelieferten Schiffes. Während die deutsche Regierung den Wert desselben auf 7 Millionen Goldmark veranschlagt, will die englische Regierung nur 700 Millionen Goldmark in Betracht bringen. Wie von unsicherer Seite mitgeteilt wird, sollen am 4. April in London Verhandlungen beginnen, die vor allem die verschiedenen Wertesmaßnahmen zu einem Ausgleich bringen. Von deutscher Seite nimmt neben mehreren anderen Sachverständigen Ministerialrat Bahr vom Wiederaufbauministerium an der Konferenz teil.

Die englische Streitkrise

London, 6. April. Star melbt, daß es in den schottischen Grubenbezirken zu erneuten Zusammenstößen zwischen streiken Arbeitern und Arbeitswilligen kam. Betriebsbetriebsräte wurden entlassen und Polizei und Soldaten und andere Personen verwundet. Derselben Blätter zufolge ist für See und Flotte die Urlaubsperre verhängt worden.

London, 6. April. (Unterbau.) In Erwiderung auf das Schreiben um Eingreifen der Regierung im Kohlenstreit erklärt Lloyd George, die Regierung sei gemüth, in Verhandlungen einzutreten, jedoch nur unter der Voraussetzung, daß keine Rede von einer Unterstüzung der Kohlenaufnahme auf Kosten des Landes oder von einer Wiederaufnahme der Regierungskontrolle sein könne. Aber innerhalb dieser Grenzen gebe es ein weites Feld für Unterhandlungen, und die Regierung sei gewillt, zu tun, was sie könne, um die negativen Schwierigkeiten zu überwinden und ein Einvernehmen zwischen Bergwerkbesitzern und Bergarbeitern zu schaffen. Der Bergarbeiterbund müsse jedoch helfen, daß die Bergwerke während der Verhandlungen nicht zerstört werden. Vertreter der Bergwerkbesitzer und der Bergleute mißten sofort, sei es mit oder ohne Verhandlungsdreieck. Schritte zur Erreichung eines Abkommen unternommen. Darauf wurde die Debatte vertagt. Die Führer der Bergarbeiter sind ungehalten über die Rede Lloyd Georges. Arbeitnehmer Hartshorn sahnte, der Premierminister habe die Türe für jede Einigungsmöglichkeit zugeschlagen und es gebe keine Verhandlungen zwischen den Arbeiterverbänden und den Bergwerkbesitzern auf der vom Premierminister bezeichneten Grundlage.

London, 6. April. Von morgen an wird der Kensingtonpark für das Publikum geschlossen sein, da die Regierung hier ein Lebensmittelzentrum errichten wird, wie das im Hydepark während des großen Eisenbahnerstreiks geschah.

London, 6. April. (Kav.) Die Versammlung der Delegierten des Transportarbeiterverbandes beschloß einstimmig, die Bergarbeiter zu unterstützen und sich sofort mit den Eisenbahner- und Bergarbeiterverbänden zwecks gemeinsamen Vorgehens in Verbindung zu setzen.

London, 6. April. Infolge des Eingreifens des Premiers, der die Bergarbeiter und die Bergarbeiter aufgefordert hat, in einer gemeinsamen Zusammenkunft die Verhandlungen wieder aufzunehmen, hat sie die Streikende zum Besseren gewendet. Beide Parteien haben die Einigung angenommen. Inzwischen haben die Eisenbahner, die in der Streikfrage noch nicht zur Entscheidung gekommen waren, die Regierung informiert.

in die Mondnacht hinaus; der Knecht wanderte unten am Deich zurück und brachte ihn wieder an der Stelle, wo sie vorhin gestanden hatten. Bald sah er, wie drüben bei einer schroffen, dunklen Stelle, an die ein breiter Deich hinanführte, das Boot sich beilegte, und eine unersehliche Gestalt daraus ans Land sprang. — War's nicht, als klatsche der Junge mit seiner Peitsche? Aber es konnte auch das Geräusch der steigenden Flut sein. Mehrere hundert Schritte nordwärts sah er, was sie für einen Schimmel angesehen hatten; und jetzt ja die Gestalt des Jungen kam gerade darauf zugegangen. Nun holt er den Kopf, als ob es stünde; und der Junge — es war deutlich jetzt zu hören — klatsche mit der Peitsche. Aber — was fiel ihm ein? Er lehnte um, er ging den Weg zurück, den er gekommen war. Das drüben schien unablässig fortzufahren, kein Wischen war dort dort zu hören gewesen; wie weiße Wasserstrahlen schien es militärisch über die Ercheinung hinzulaufen. Der Knecht sah wie gebannt hinüber.

Da hörte er das Anlegen des Bootes am diesseitigen Ufer, und bald sah er aus der Dämmerung den Jungen gegen sich am Deich heraussteigen. „Aun, Carsten?“ fragte er, „was war es?“

Der Junge schüttelte den Kopf. „Nichts war es!“ sagte er. Noch kurz vom Boot aus hatte ich es gesehen; dann aber, als ich auf der Hollig war — weiß der Henker, wo sich das Tier verbrechen hatte, der Mond schien doch hell genug; aber als ich an die Stelle kam, war nichts da als die bleichen Knochen von einem halben Dutzend Schafen, und etwas weiter lag auch das Pferdgerippe mit seinem weichen, lamen Schädel und ließ den Mond in seine leeren Augenhöhlen schenken.“

„Hmmt!“ meinte der Knecht; „hast auch recht angesehen?“

„Ja, Aun, ich stand dabei; ein goltvergessener Knecht, der hinter dem Gestope sich zur Nachtzeit hingestellt hatte.“

„Wahrhaftig, da geht's ja wieder!“

„Wieder?“ sagte der Knecht; „ich hab die ganze Zeit übergeschaut; aber es ist gar nicht fortgewesen; du gingst ja gerade auf das Unwesen los!“

(Fortsetzung folgt)

Der Schimmelreiter

Von Th. Storm

117. Fortsetzung

langt sind, ihre Konferenz bis auf morgen verschoben. Es ist wahrscheinlich, daß auch die Transportarbeiter den Ausgang der neuen Verhandlungen abwarten werden, ehe sie zu einer entscheidenden Aktion treten.

Eine Belehrung Viviani

London, 6. April. Die „Morningpost“ meldet aus Washington: Es sei Viviani klar gelegen worden, daß es im Interesse Frankreichs liege, wenn die Vereinigten Staaten Frieden mit Deutschland schließen, da Frankreich vor allem augenscheinlich die deutschen Entschädigungen brauche und Deutschland seine Reparationen nicht bezahlen könne, wenn man nicht zu einigermaßen normalen Umständen zurückkehre, und daß der deutsch-amerikanische Frieden zur Herstellung dieser Lage von grossem Nutzen sein würde. Denn wenn der Friede hergestellt sei werde, könne Deutschland in den Vereinigten Staaten Kredite und Rohstoffe erhalten. Es könne dann an seine Arbeit gehen und daraus denken, Frankreich zu bezahlen. „Morningpost“ bemerkt dazu: Das sei der Trost, der Viviani für seine Entscheidung, daß es ihm nicht gelungen sei, die Zustimmung zum Verfaßter Vertrag zu sichern, geboten worden. Viviani sei nicht allzu sehr darüber erfreut, daß Deutschland in die Lage versetzt werde, Kredite in den Vereinigten Staaten zu bekommen, da er der Ansicht sei, daß diese Forderungen zum Vorteil Deutschlands in den Vereinigten Staaten seien, ohne daß sich für die Alliierten Vorteile ergäben. Viviani könne aber natürlich nichts tun. — Deutschland wird, so meldet die „Morningpost“ weiter, keine Regierungsbankleihe von den Vereinigten Staaten erhalten, aber die Kriegsförderungen haben direkte Regierungssubventionen durch die Kriegsförderungen zu erhalten, die ein Teil der Finanzmaschinerie des Schamantes seien. Deutschland wird durch langfristige Kredite für Kupfer, Baumwolle und andere von ihm benötigte Rohstoffe zu beschaffen wissen. Und so wird es auch geschehen. „Morningpost“ meldet außerdem, daß Präsident Harding bei der nächsten Montag stattfindenden Eröffnung des Kongresses in seiner Eröffnungsrede ein Mea culpa für den Völkerbund halten werde. Der Völkerbund sei tot, soweit die Vereinigten Staaten in Betracht kämen. Die Regierung sei nicht abgängig, diese Tatsache der Welt offen zur Kenntnis zu bringen. Das Schicksal der Entwicklung Russlands im Auslande für auswärtige Angelegenheiten werde im hohen Maße durch die endgültige Entscheidung bestimmt werden, welche die amerikanische Regierung treffen werde in der Erwagung, welchen Einfluß die Entwicklung auf die endgültige Entwicklung des Russlandes habe. Auf die Bildung einer Gesellschaft der Nationen haben werde. In Washington herrschen anscheinend in diesen Fragen zwei einander widersprechende Ansichten. Die eine geht dahin, daß die Verhandlungen zur Errichtung eines Verbandes der Nationen eingeleitet werden sollten vor der endgültigen Annahme der Entscheidung Russlands. Die andere Ansicht sei die, daß die Annahme der Entscheidung die Bildung des Verbandes der Nationen fördere werde. Nach der Annahme der Entscheidung wird der „Times“ aufzugeben die amerikanische Regierung Grund an Wiederherstellung diplomatischer Beziehungen mit Deutschland und Österreich haben und zum Abschluß von Handels- und sonstigen Verträgen mit diesen Ländern übergehen.

Belgien und Frankreich

Brüssel, 6. April. Der Pariser Vertrag des „Soir“, wonach Frankreich beansprucht, sich auch ohne Mitwirkung seiner Alliierten sein Recht Deutschlands gegenüber gewollt zu verschaffen, wird in der belgischen Presse lebhaft besprochen. Gestern nachmittag erschien eine offizielle Erklärung, die behauptet, daß Polen in seinem Falle mit Frankreich zusammenzutreten werde. Im Parlament wurde erklärt, daß der Vertrag des „Soir“ in jedem Falle verfehlt sei. Frankreich werde mindestens den 1. Mai abmarsch und sehen, was Deutschland bis dahin für Schritte unternehme. Der französische Präsident des belgischen Handelskammer Gremium erklärte gestern im „Soir“, daß die 50prozentige Preiseabsenkung am 1. Mai für deutsche Importwaren Belgien viel schwerer treffe als Deutschland. Man sieht jetzt in Belgien vor der gefährlichen Entscheidung, ob man dem Lande den wirtschaftlichen Lebensstil abscheiden oder sich von der Entente trennen mösse. Das Blatt „Der Patriot Brüssel“ erklärt: Das ist jetzt unter Punkt dafür, daß Belgien 1914 nicht zögerte, die deutschen Horden aufzuhalten. Das ist der Punkt unseres Landes: Besitzt die Kirche, Verwaltung und geplünderte Fabriken. Wir sind gestraft, nicht Deutschland.

Verhandlung zwangt

Paris, 6. April. (Davao.) Ministerpräsident Beland erklärte beim Empfang einer Abordnung der Parlamentarier der zerstörten Gebiete, daß er sich der unbedingten Notwendigkeit bewußt sei, alle Mittel und Wege zu ergreifen, um nicht nur die aus dem Jahre 1920 noch zu bezahlenden 800 Millionen, sondern auch alle Verträge, die für den Wiederaufbau dieser Siegerland notwendig seien, herbeizuschaffen. Diese Frage, stieg er hinzu, beschäftigt geradezu die öffentliche Meinung insofern der Kriegszeit, die wir durchmachen. Über die Frage wird bald gelöst werden, indem Deutschland sehr bald zur Ausführung seiner Verpflichtungen gezwungen werden wird. Beland stimmte mit der Abordnung in der Wichtigkeit der von Deutschland in natura oder in bar zu leistenden Zahlungen überein. Zum Schlusse sagte er: Ich bin weder Pessimist noch blinder Optimist. Aber ich glaube fest, daß das Land, sobald es in gewünschter Weise befriedigt sein wird, seinen glänzenden Lauf wieder aufnehmen wird.

Die Debatte im französischen Senat

Paris, 6. April. (Davao.) Ministerpräsident Beland sprach beim Empfang einer Abordnung der Parlamentarier der zerstörten Gebiete, daß er sich der unbedingten Notwendigkeit bewußt sei, alle Mittel und Wege zu ergreifen, um nicht nur die aus dem Jahre 1920 noch zu bezahlenden 800 Millionen, sondern auch alle Verträge, die für den Wiederaufbau dieser Siegerland notwendig seien, herbeizuschaffen. Diese Frage, stieg er hinzu, beschäftigt geradezu die öffentliche Meinung insofern der Kriegszeit, die wir durchmachen. Über die Frage wird bald gelöst werden, indem Deutschland sehr bald zur Ausführung seiner Verpflichtungen gezwungen werden wird. Beland stimmte mit der Abordnung in der Wichtigkeit der von Deutschland in natura oder in bar zu leistenden Zahlungen überein. Zum Schlusse sagte er: Ich bin weder Pessimist noch blinder Optimist. Aber ich glaube fest, daß das Land, sobald es in gewünschter Weise befriedigt sein wird, seinen glänzenden Lauf wieder aufnehmen wird.

Die Ausfuhrabgabe

Paris, 6. April. Nach dem „Journal des Débats“ wird die 50prozentige Abgabe von den eingeführten deutschen Waren von der Polizei abgesetzt. Die Abgabe ist in die Tat umgesetzt werden müssen. Es sei zu befürchten, daß die Deutschen am 1. Mai die Frage Oberschlesiens mit der Reparationsfrage verbinden und Konzessionen verlangen würden, die einzelne vielleicht bereit seien, zu gewähren. Der Redner forderte Ministerpräsident Briand auf, sich nicht auf den geschäftlichen Weg der Konzessionen zu begeben, denn von der Lösung hängt die Sicherheit Polens und der Frieden Europas ab.

Senator Ribot sprach abseits von der Denkschrift des Reichsministers Dr. Simon, in der es gelagt ist, Frankreich geige sich indirekt in die Abrede an den Wiederaufbau der unzähligen französischen Provinzen. Die französischen Landwirte machen ihre Forderungen wieder hörbar. Derartige Neuerungen zählen nicht. Was zählt, sei die Verpflichtung Deutschlands, zu zahlen.

Die Rückkehr Karls

(Eigener Drahtbericht der „Sächs. Volkszeitung“) Basel, 7. April. Am gestrigen Mittwoch nachmittag 4^{1/2} Uhr ist mit einem Sonderzug Kaiser Karl in Begleitung von Dr. Steinbauer, zwei Oberbeamten des Polizeikorps in Berlin, ferner einer Offiziersfamilie, bestehend aus Engländern, Franzosen und Holländern in Bruck eingetroffen, wo er von Vertretern des schweizerischen Militärdepartements und Vertretern der Freiburger Polizei empfangen wurde. Am Bahnhofe hatte sich eine grosse

Menge eingefunden. Die Kaiserin Sissi war in einem Kraftwagen dem Kaiser entgegengefahren. Mit dem Fahrplanmäßigen Zug 6^{1/2} Uhr ist Karl nach der inneren Schweiz weitergefahren, während die übrigen Untertanen wieder zurückkehren. Der Kaiser hatte sich während der Zeit des Aufenthaltes in Bruck nicht blicken lassen.

Wien, 6. April. Die Reise des Kaisers Karl durch Österreich hat unterwegs eine plötzliche Unterbrechung erfahren. An Bruck an der Mur in Steiermark sammelten sich Tausende von Eisenbahnerarbeitern und verlangten, daß der Kaiser einer Arbeiterversammlung die Erklärung abgebe, daß er nie wieder den Versuch machen werde, nach Österreich zurückzukehren. Falls er diese Erklärung nicht abgebe, drohten sie, ihn aufzuhängen. Der Zug des Kaisers blieb außerhalb der Station bei Hochalpen einige Stunden stehen.

Polens Finanzen

Prag, 6. April. Der Südböhmische Correspondent wird gemeldet: Ein gretles Schlaglicht auf die trostlose finanzielle Lage Polens wirkt die Laien, doch sowohl der polnische Staat, als auch politische Großmänner bereits seit Wochen nicht mehr in der Lage sind, ihre aus dem Tschecho-Slowakei bezogenen Waren zu bezahlen. Diese Zahlungsunfähigkeit der polnischen Abnehmer hat nunmehr die Gewerkschaften des Ostrauer Kreises veranlaßt, die Kohlenumschiffung nach Polen einzustellen, nachdem Polen mit der Bezahlung von 6 Millionen Kronen im Rückstand geblieben ist. Auch die Nordbahngesellschaften haben aus denselben Gründen die Kohlenlieferungen nach Polen eingestellt.

Große Versammlung der Katholiken Dresdens

Freitag, den 15. April 1921, abends halb 8 Uhr im großen Saale der Dressner Kaufmannschaft

Redner:

herr Ministerialdirektor Franz von Stockhammern-Berlin:

Der hl. Stuhl nach dem Weltkriege.

Katholikanerpater Reintges-Berlin:

Welche neuen Aufgaben erwachsen der Caritas aus dem Friedensvertrage?

Keiner fehlt! Wichtiger Aufklärungsaufstand! Keiner fehlt!

Die Abschaffung Oberschlesiens

Oppeln, 6. April. Die von der Interalliierten-Kommission für die Abstimmungsperiode erlassenen einschränkenden Bestimmungen für die Einreise nach Oberschlesien sind noch immer nicht aufgehoben worden. Obwohl mehrere Wochen seit dem Abstimmungstermin vergangen sind und der Rücktransport der Abstimmungsberechtigten aus dem Reiche besteht ist, wird die Abstimmung Oberschlesiens vom übrigen Deutschland zum Schaden der Bevölkerung und unter Bedrohung schwerwiegender wirtschaftlicher Interessen aufrecht erhalten. Jeder, der nach Oberschlesien zu reisen wünscht, muß auch jetzt noch ein Siegel an die interalliierte Kommission in Oppeln richten. Ein solches Entsezung der Einreisegenehmigung, die erfahrungsgemäß auch bei telegraphischen Schüssen erst nach mehreren Tagen erfolgt, kann der Schwermerk bei der für den Antragssteller zuständigen polnischen Polizeihörde eingeholt werden.

Einspruch gegen die Maßregelung deutscher Zeitungen

Berlin, 6. April. Wie die Blätter von zuständiger Stelle erforschen, wird die deutsche Regierung bei der interalliierten Kommission in Oppeln Einspruch gegen die Maßregelung deutscher Zeitungen erheben.

Besatzung und Kommunisten

(Eigener Drahtbericht der „Sächs. Volkszeitung“)

Königsberg, 7. April. Die englische Besatzungsbehörde hat wieder umfangreiche Verhaftungen im berätseligen Judenbezirk vorgenommen, insgesamt 28. Im Sollinger Bezirk festgenommene Kommunisten wurden zur Aburteilung nach Köln gebracht. Mit großer Schärfe werden die Belgier in Mörbisch gegen die kommunistischen Unruhestifter vorgehen. Dort wurden gegen 900 Personen verhaftet, die in dem inzwischen von Polen verlegten belgischen Kriegsgericht verhört wurden. Einer der Hauptabdeläufersführer Dr. Gabriel wurde bereits zu 5 Jahren Zwangsarbeit verurteilt.

Die Bewaffnung der Polizei

(Eigener Drahtbericht der „Sächs. Volkszeitung“)

Berlin, 7. April. Die zuständigen Regierungsstellen in Preußen beschäftigen sich mit der Frage einer wirkameren Bewaffnung der Polizei. Die Vorläufe bei den jüngsten Unruhen in Mitteldeutschland haben den Minister des Innern davon überzeugt, daß die jetzige Bewaffnung der Polizei völlig ungerechtfertigt ist. Einbewaffnete Banden lassen sich nur dann schnell und nachhaltig bekämpfen, wenn der mit der Wiederherstellung der Ordnung beauftragten Polizei auch große Kampfmittel, wie Geschütze und Minenwerfer zur Verfügung stehen. Im Ministerium besteht man sich deshalb mit der Herstellung einer Deutschen Armee, die alle dafür in Betracht kommenden Tatsachen dokumentarisch feststellt und den Nachweis führen wird, daß die jetzige unzureichende Bewaffnung der Polizei der preußischen und auch der deutschen Reichsregierung die Ausführung der Friedensbedingungen geradezu die Hände bindet.

Die Regierungsbildung in Preußen

(Eigener Drahtbericht der „Sächs. Volkszeitung“)

Berlin, 7. April. Die preußische Landtagsfraktion der Deutschen Volkspartei hat in ihrer gestrigen Sitzung beschlossen, die Forderungen, welche die Sozialdemokraten bezüglich der Kabinettbildung in Preußen gestellt haben, abzulehnen. Damit ist die Situation wesentlich verschärft. Das Kreislauf, die der Deutschen Volkspartei nahe stehen, können wir, daß man dort als einzigen Ausweg aus den Schwierigkeiten die Bildung eines Fachministeriums ansieht. Ein solches Fachministerium könnte unseres Erachtens nur provisorischen Charakter haben, ob es überhaupt dazu kommen wird, wird abzuwarten sein.

Die Übersichtsfrage

Eben, 6. April. In der Übersichts- und Lohnfrage haben gestern in Eben zwischen den Bergarbeiterorganisationen und dem Bergverbandsverband Verhandlungen begonnen, die bis zum späteren Abend dauerten. Die Verhandlungen werden am 7. d. M. in Berlin fortgesetzt.

Bergarbeiterstreik

(Eigener Drahtbericht der „Sächs. Volkszeitung“)

Stettin, 7. April. In Pommern steht wieder ein allgemeiner Bergarbeiterstreik auszubrechen. Auf verschiedenen Gütern sind die Arbeiter bereit in den Streik getreten. Im Kreis Rügenwalde haben sie auf 25 Gütern die Arbeit niedergelegt.

Kardinal Faulhaber erkrankt

Wie aus München gemeldet wird, ist Kardinal Faulhaber an einem beständigen Fieber erkrankt.

Einigung von Hellisch bis Granz?

Dresden, 7. April.

Wie wir hören, hat tatsächlich die Richtung Hellisch in der Mehrheitssozialdemokratischen Fraktion einen vollen Sieg davongetragen. Die Mehrheitssozialisten wollen für den an anderer Stelle unserer Zeitung wiedergegebenen Antrag der Unabhängigen Sozialdemokratie stimmen, der die Beseitigung des Sondergerichts fordert. Dafür wollen als Gegenleistung die Kommunisten davon absiehen, die angekündigten Anträge einzubringen. Außerdem wollen die Mehrheitssozialisten hinsichtlich des Amnestieescheins eine dritte Lesung herbeiführen, um heute an einer Sitzungnahme vorbeizukommen. (Siehe Leiterseit der heutigen Nummer.) Diesen Vorwürfen gegenüber haben sich freieulicherweise die bürgerlichen Parteien zusammengeschlossen. Sie werden einen Antrag einbringen, der entweder eine Sitzungnahme der Regierung gegen die kommunistischen Verbrecher fordert. Der Antrag wird heute dann eingebrochen werden, wenn die Linksparteien darauf bestehen, den gesetzgebenden Antrag nicht rechtzeitig einzubringen unabhängig unabhängig. Der bürgerliche Antrag ist von Vertretern aller bürgerlichen Parteien einschließlich des Zentrums abgelehnt. Heslein gezeichnet.edenfalls muß man damit rechnen, daß die heutige Sitzung des Landtages noch einige Überraschungen bringen wird.

Nachrichten aus Sachsen

Der Sächsische Erzieherbund hielt während der Osterferien in Dresden seine Bundeshauptversammlung ab. Aus dem von ihm hierüber verbreiteten Bericht sei kurz folgendes erwähnt: Alle Teile Sachsen waren stark vertreten. Allesamt fand die Empörung über die unmenschliche (politische) Kampfweise der Verfechter der weltlichen Schule zum Ausdruck und die Presse und die politischen Parteien wurden aufgefordert, durch Wort und Schrift energischer als bisher für die deutschchristliche Schule einzutreten. Die Umwandlung des freien Lehrervereins in eine Gewerkschaft wurde als unrechtmäßig für den Lehrerstand bezeichnet. Um einer weiteren Herabsetzung des Volksfriedens Einhalt zu tun, forderte der Sächsische Erzieherbund von der Regierung und Volkskammer sofortigen Erlass einer Verordnung, in der a) die Lehrerschaft nochmals auf die Verordnung vom 18. März 1920 hincivitaten wird, nach der jede Weltanschauungsform (weltliche Schule, evangelische Volksschule) innerhalb der Schule verboten ist; b) Abstimmungen über diese Weltanschauungsschule müssen ihres Entstehungsuntergrundes und wegen der den Volksfrieden höheren Wichtigkeit bis zum Erlass der Rechts- und Landesgesetze als ungültig und unwirksam bezeichnet werden.

Leipzig. An der Psychiatrischen und Nerven-Poliklinik der Universität Windischeschenbach wird die politisch-rechtliche Erziehungsstunde für Nervenkranken von jetzt ab an jedem Wochenende von 9 bis 11 Uhr vormittags abgehalten.

Leipzig. Der nicht ordnungsmäßige außerordentliche Professor in der Philosophischen Fakultät Dr. Otto Schulz ist zum ordnungsmäßigen außerordentlichen Professor der Philosophischen Fakultät der alten Geschichte in dieser Fakultät ernannt worden.

Annaberg. Zur Herstellung von 88 Wohnungen bewilligten die Stadtverordneten 750.000 Mark Baufortungsschüsse. Einzelheiten: 155.000 Mark Baufortungsschüsse sind bereits früher bewilligt worden.

Döbeln. Die Veratunastellen für Lungentuberkulose in Döbeln und Döbeln i. V. haben noch dem soeben erschienenen Jahresbericht gegen Aufsicht gehabt. Erfreulicherweise scheint jedoch die durch den Kreis und seine Gemeinden in schleinem Wachen bearbeitete Bekämpfung der Lungentuberkulose zu einem Stillstand gekommen zu sein.

Döbeln. Ministerpräsident Beck besuchte am Montag die Weberei und die Ausstellung, welche die Handwerker- und Gewerbeschule im alten Amtsgericht veranstaltet hatte.

Zwickau. Gegen die Einschränkung der Luftschiffabteilung hat die Zwickauer Konferenz des Sächsischen Bezirks des Deutschen Motorfliegerclubs Einspruch erhoben.

Wolkenstein. Der Stadtrat entschied, dem dortigen Bauern aus seinem Aufsicht 200.000 Mark als Hilfe für zu errichtende Wohnhäuser zu gewähren. Man stellt hierbei zur Bedingung, daß mit in Aussicht genommenen Neubauten so schnell als möglich begonnen werden soll.

Hohenstein-Ernstthal. Die Siedlungsgenossenschaft Chemnitz-Land löste auf dem Pfaffenberge bei Hohenstein-Ernstthal gegenwärtig 15 Einfamilienhäuser erbauen, die trotz der Einfachheit ihres Hauses je Haus 70.000 bis 80.000 Mark kosten. Die ganze Siedlung, die auf der höchsten Stelle des sächsischen Mittelgebirges erbaut wird, soll 62 Häuser umfassen.

Nossen. Das Sängertreffen des Sängerbundes Saxonie wird nach neuerer Bestimmung am 9. und 10. Juli abgehalten. — Die vor Jahren aus Böhmen nach Sachsen übergetretene Bisamtkarte hat sich nun auch in hierher geendet gemacht. In der an der Kreisstraße Mulde gelegenen Bierfabrik Steyermühle wurde dieser Tage eine Bisamtkarte gefunden.

Döbeln. Zur Errichtung von Wohnungsbauten wird die Stadt Döbeln i. V. laut Verkündung beider städtischer Räte ein eine neue Anleihe von zwei Millionen Mark aufnehmen. Höhe sind 1.200.000 Mark zu diesem Zweck bestimmt, während zum Ausbau vorhandener Gebäude in Wohnungsbau 100.000 Mark dienen sollen. 800.000 Mark sollen als teilweise Gegenleistung der Bevölkerung dienen.

Ödön. Die Gemeinde Wölkendorf und das Rittergut Schweta sind am 1. April in die Gemeinde Töpeln in Ödön übergegangen. Die vereinigte Gemeinde führt den Namen Töpeln.

Plauen. Die Erwerbslosigkeit. Nach dem vom Städt. Arbeitsnachweis loben veröffentlichten Bericht betrug die Zahl der Erwerbslosen in Plauen am 21. März 10.015. Am 18. März betrug sie 10.206, am 9. März 10.117. Der Bericht führt außer obigen Zahlen noch 2199 Teilarbeitslose, 175 Beihilfende sowie 70 Ostermädchen auf.

Aus Dresden

— Der Personen-Bürodenzoll auf der Loschwitzer Brücke ist durch die Eingemeindung von

der Ostwaldschen Farbenlehre für Industrie, Handel und Gewerbe vorzuführen. Der Andrang zu dem hochinteressanten Vortrag war so groß, daß der Vortag heute noch einmal für die vielen, die keinen Platz fanden, gehalten wird. Der Vorsitzende des Vereins, Herr Professor Grubert, erklärte nach herzlicher Begrüßung der Vertreter der staatlichen und städtischen Behörden, daß der Vortrag im Dienste der Werke für Farbenlehre gehalten würde. Herr Geheimrat Ostwald schilderte in längeren Zügen das Wesen der Farbenlehre und gab Erklärungen über ihren Zweck und ihre Gebrauchsfähigkeit. Er betonte vor allem, daß er sich auf die Fortbewerke der Technik, höchstens künstlerischer Arbeit und nicht auf die Kunst stelle, was ihm seine Gegenüber unbedingt erweisen so oft vorhielten. Anschließend zeigte er an zahlreichen Lichtbildern mit Hilfe des Projektors die zahlreiche Verwendung der Farbenlehre für Muster, Gewänder, Porzellan usw. und zeigte in der Ausführung und Nationalisierung der Farbe neue Wege. Ferner bewies er, daß man Farbenharmonien leicht von einer Dissonanz unterscheiden könne. Von den einfachsten Mustern, rein grau und farbtongleichen Harmonien ging er allmählich im zweiten Teile seines Vortrages zu lebhafteren und bunten Farben über. Der Vortrag, der oft mit leisem Humor gefüllt war, erregte lebhafte Beifall. Zu herzlichen Dankesworten betonte Herr Grubert, daß der Verein deutscher Kellnerleute es sich zur Pflicht mache, die großen Theorien sich zunutze zu machen und durch sie die Farben mehr auszunützen als bisher. An dem Vortrag schloß sich eine Aussprache an und eine Fragenbeantwortung.

Gemeinde- und Vereinsnachrichten

S Dresden-Friedrichstadt. Marienverein. Sonntag den 10. April keine Versammlung, sondern den 24. April Generalversammlung. Aspirantinnen möchten sich einfinden.

S Dresden-Johannstadt. Der Arbeiterverein "St. Joseph" hält am 10. April, abends 8 Uhr seine Monatsversammlung ab. Die Hauptkonferenz der Katholischen Arbeitervereine des Elbtalgebietes findet ebenfalls dort statt, aber nicht um 8, sondern um 8 Uhr. Alle Vertreterinnen- und Vorstandsmänner müssen auf jeden Fall erscheinen. (Siehe Inserat.)

Vereins- und Partei-Anzeiger

Katholischer Gesellenverein Dresden.

Sonntag den 10. April 740

Ausflug nach Weinböhla (Schweizerhöhe). Dasselbe gemütliches Tänzchen.

Rößlach nebst 2 Uhr (Wettiner Bahnhof). Gäste herzlich willkommen.

Kathol. Arbeiterverein „St. Joseph“ Dresden - Joh.

Sonntag den 10. April abends 8 Uhr 750

im Restaurant Böhschang, Döhlweg, Ecke Holbeinstraße

Monats-Versammlung mit Vortrag.

Das Erscheinen der Mitglieder ist Pflicht. Der Vorstand.

Kathol. Preßverein Ortsgruppe Leipzig.

Einladung zur

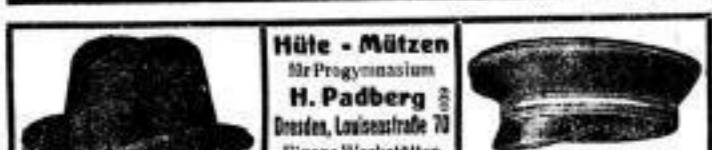
Mitglieder-Versammlung

am Freitag den 8. April 1921 abends 1/2 Uhr
im Gesellenhause, Wiesenstraße 23.

Tagesordnung:

1. Berichterstattung.
2. Werbetätigkeit.
3. Verschiedenes.

Dr. Stein, Obmann.



Billige Lebensmittel

Neue Sendungen eingetroffen:

Schweineschmalz, Pure lard, das Feluste, was es gibt 10⁸⁰
In Schmier, ausgelassen 11⁵⁰
In Rindertalg, garantiert rein 10⁰⁰
Palmaöl Schlinge, Friedensware 11⁵⁰
In Speck, geräucherter, kernige Ware, reichsmleckend 10⁰⁰
In Speck, grüner, dieselbe Ware 9⁰⁰
In Margarine, wie gute Landbutter, in Würfel 10⁰⁰
Milch, Ideal große Dose 7²⁰
Kondensierte gezuckerte Milch, erste Marken 8⁰⁰
Corned beef, ausgewogen, etwas Feines . . . Pfund 8⁰⁰
Kokosfett wieder eingetroffen Pfund 10⁵⁰

Hochfeine prima Münchner
hanschlachtene Wurstwaren 1/4 Pfund 5 und 6 Mk.

Sämtliche Hülsenfrüchte, nur 1a-Qualitäten,
zu niedrigsten Preisen empfohlen

Georg Mannheim

Feinkostgeschäft Liefert frei Haus
Dresden, Webergasse 3, Fernr. 18561

Werdau. Die Feier der ersten hl. Kommunion am Weißen Sonntags schloß mit einem bewundernswerten und für die Teilnehmer unanständlichen Vorhang. Der Volksschulrat d. f. D. unter Leitung des Herrn Th. Richter hatte zu einem Gemeindeabend eingeladen. Vierzig Kinder von Gesängen der "Cäcilie" brachte die "Jung-Cäcilie" unter Regie von Hl. Germar ein artillärisches Schauspiel "Die weiße Lilie", verfaßt von Herrn Walter Kirchbauer, zur Aufführung. Hatten die Zuhörer, verhindert durch die Erfolge der vorhergehenden Werke des geistlichen Verfassers ("Die Gläubiger", "Der verlorene Sohn", "Um die Seelen unserer Kinder" und "O die Ehre!") bereits hohe Ansprüche an das Werk und die Darstellung gestellt, so konnte schließlich werden, daß alle Erwartungen weit übertroffen wurden. Das Schauspiel, das Klingen und Kämpfen eines Anabaten und seinen Märtyrertod im heiligen Rom darstellend, zeugte von einer Kraft der Darstellung, die verbunden mit einer edlen, alles überflüssige Beiwerk vermiedenden Sprache, die Zuhörer tief erschütterte. Wunderbare Bilder zogen an den Zuschauern vorüber und füllten die Herzen mit einer starken Begeisterung. Diese Begeisterung kam kräftig zum Ausdruck, als dem hochw. Herrn Verfasser im Auftrag der kath. Gemeinde zu Werdau ein Lorbeerkrantz mit der Widmung: "Atem gutes Hirten und Diener" überreicht wurde. Ein donnerndes Hoch soll unter dem hochw. Herrn Pfarrer entgegen und legte davon Zeugnis ab, wie fest er in den Herzen seiner Gemeindemitglieder Fuß gefaßt hat. Die Darsteller — meiste 12- bis 18jährige Knaben und Mädchen — hatten sich so in den Geist des Werkes vertieft, daß hinsichtlich der Aufführung nicht der kleinste Wunsch offen blieb. Besonders das Schlußmädchen Neubert ging in ihrer Aufgabe wundervoll auf und gab den um seinen Glauben kämpfenden Knaben mit tiefergründender Wirkung.

Seitendorf. Das Saatstreiten am Ostermontag bestand diesmal eine besondere Bedeutung, da vor der Verlelung des 4. Evangeliums das vorjige Jahr von der Hand eines Frevelers entweihte sogenannte Pfarrkreuz, nachdem es vollständig erneuert worden war, feierlich eingeweiht wurde. 60 Reiter beteiligten sich an dieser schönen Prozession zu Ehren des auferstandenen Heilandes; ungeheure Scharen aus den Orten der Nachbarschaft umdrängten die vier Stationstrenze. — Doch aber das "Allerheiligste" zu dieser Prozession mitgetragen wird, ist das Zirkum des Verlegerstatters der "Sächsischen Volkszeitung".

Dresdner Kurse vom 7. April 1921

Ohne Gewähr.

Mitgeteilt vom Chemnitzer Bank-Verein, Dresden, Prager Straße

Deutsche Staatspapiere		Brauerei-Aktien	
5 Reichsanleihe	106,875G	3 Jürgens	174,000
8 1/2 do.	104,750G	18 Brüste Kulmbacher	188,750
4 do.	98,250G	6 Pots-Bru	-
5 do.	77,875G		
	88,750G		
8 Sparprämienanleihe	37,875G		
8 Sachs. Rente	—		
Stadt-Anteilen, Pfand- und Hypotheken-Briefe		Verschiedene Industrie-Aktionen	
8 1/2 Dresden von 1875/80, 825G	98,000G	10 Zimmermann	265,000
4 do. 1900/08, 24,250G	74,000G	24 H. & A. Escher	520,000
4 do. 1918/19, 78,750G	21 1/2 Deutsche Bank	217,000	
	21 1/2 Löbauer Bank	204,000	
	21 1/2 Sachsenbank	200,000	
	21 1/2 —		
Papier- und Photo-Aktien			
15 Chromo Altenburg	293,000G	18 Lauchhammer	583,000
12 Krause u. Baumann	168,000G	40 Städt. Gußstahl	110,000
18 Hermann	224,000B	10 Hartmann	-
10 Ica, A.-G.	206,000B	15 Sondermann & Stier	-
20 Hasseröder Papierf.	290,000G		
10 Ver. Bautzner P.-F.	270,000G		
24 Weißenborner P.-F.	—		

Die fehlenden Kurse waren bei Fertigstellung unserer Zeitung noch nicht eingegangen.

Berantwortlich: Für den redaktionellen Teil: Friedrich Körting; für den Inseraten Teil: Peter Schröder. — Druck und Verlag der "Saxonia-Buchdruckerei" G. m. b. H. zu Dresden.

Chemiker, lath., Dr. Kaufmann, in Großstadt Schleiden.

Jucht Cristallenzmöglichkeit

Vertretung, Filialleitung oder dergl.). Dieselbe übernimmt die Anfertigung aller Analysen im eigenen Laboratorium, sowie die Beschaffung sämtlicher Rohmaterialien für die chemische Industrie. Off. n. R. E. 303" an die Geschäftsstelle d. Kl. ev.

Möblierte Zimmer

für Studenten, Nähe Hochschule und Tierärzteklinik, werden noch gesucht. Angebote mit Preisangabe erbetet. 755

Direktor Petri,

Dresden, Sedanplatz 4.

Nur bei der Firma



Dresdner Seilerwaren-Vertrieb

kaufen Sie gut und billig

Hanfkordel u. Bindfaden.

Dresden-A, Pillnitzer Straße 47

Fernsprecher 21068.

Vertretungen werden noch vergeben.

Herrenstoffe

Kostümstoffe

Mantelstoffe

Sportstoffe

Futterstoffe

Billard-, Pult-, Wagen-, Uniformtuch, Manchestercord,

Altartuche

empfohlen [462]

Hermann Pörschel

Tochterlager

Dresden-A, Scheffelstraße 19

Gegründet 1888

raslerklingen

schleift seit 24 Std.,

St. 15-A, Ras.-Moss., Messer,

Scheren pp. schnell u. bill.

Elektr. Kuns.-Schleiferei nur

Dresden-A, Grunaer Str. 22.

Täglich 40 Mk. zu verbauen. Räß.

bis 40 Mk. im Prospekt (mit Garantieschein). Joh. H. Schultz,

Abreissenverlag, Köln 249. [400]

Tagal-Hüte • Bast-Hüte • Litzen-Hüte

Umpressen und Färben schnell und billigst.

Große Auswahl, noch billige Preise. [425]

Hutfabrik, Dresden, Pillnitzer Straße 19 nur 19

Kalt- u. Warmwasser-Anlagen

Büder, Waschtische, Kiosette

in großer Auswahl [449]

Friedrich Gappisch

Dresden, Marienstraße 11

SPARE

am roten Fleck!

Erdal ist sparsam, weil

es ausgängig ist, deshalb

spare durch

ERDAL

Wasser / Gas / Strom / Telefon

Aufsteller: Wasser & Markt, Hoppe

Soeben eingetroffen:

Bohne

volle 88 cm breit, prima schwere erstklassige süddeutsche Ware, aus rein amerikanischer bester Baumwolle zum besonders billigen Ausnahmepreis von

875

Mark per Meter

Messow & Baldschmidt

Dresden, Wilsdruffer Straße

